



## *Zivilisierung des Militärischen oder Militarisierung des Zivilen?*

*Claudia Haydt*

Die Verknüpfung von zivilen und militärischen Fähigkeiten erscheint als die neue Zauberformel für effektive Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union genauso wie der deutschen Regierung. Dass die häufige Einplanung ziviler Komponenten für Krisen- und Kriegssituationen leider nicht zwangsläufig zu einer »Zivilisierung des Militärischen« führt, sondern vielmehr die Gefahr in sich birgt, Spielräume für zivile Alternativen weitgehend einzuschränken, soll im Folgenden erläutert werden.

Die Auflösung der Grenzen zwischen zivil einerseits und militärisch andererseits, die »Entgrenzung des Militärischen«, zeigt sich innen- und außenpolitisch, wobei »innen« und »außen« ebenfalls fließende Kategorien sind. Im Kontext einer globalen Neuaushandlung von Macht- und Marktpositionen ergänzen sich neoliberale Außenhandelspolitik und neoimperiale Militärstrategien. Spannungen, die aus dem Sozialabbau im Inneren resultieren, drohen hinter einem »Sicherheitsdiskurs« zu verschwinden, der sowohl Repression im Innern als auch Abschottung nach außen legitimiert.

### **Entgrenzung des Militärischen**

Die Frage danach, was eigentlich noch zivil ist, wird immer schwieriger zu be-

antworten. Ob die Bundeswehr im Inneren eingesetzt werden kann, ist längst keine Frage mehr, sondern nur noch, wie weitgehend dies stattfindet und welche Gesetze zukünftig geändert werden müssen, um die »innere Sicherheit« auch mit Soldaten »schützen« zu können. Gleichzeitig wird die Bundespolizei<sup>1</sup> (früher Bundesgrenzschutz) längst nicht mehr nur an Grenzen und Flughäfen eingesetzt, sondern auch als Ergänzung der Bundeswehreinätze im Balkan oder in Afghanistan. Der Jurist Andreas Fischer-Lescano nennt dies eine »Hybridisierung der Sicherheitspolitischen Einsatzformen«.<sup>2</sup> Die Hoffnung auf eine Zivilisierung der Außenpolitik durch Polizeitruppen entlarvt er als trügerisch: »Allerdings kann von einer Fortentwicklung des Polizeikonzeptes und einer gegenüber militärischen Einsatzformen zivileren Variante der Außenpolitik nicht die Rede sein.« Bewaffnete Soldaten neben bewaffneten Polizeitruppen sind für die Bevölkerung in den jeweiligen Einsatzgebieten kaum zu unterscheiden. »Im Gegenteil verfährt sich die bundesdeutsche Entsendepraxis in der Logik der Ununter-

scheidbarkeit von Kombattanten/Nichtkombattanten, und es drängt sich der Eindruck auf, dass deutsche Polizeikontingente insbesondere dann zum Einsatz kommen, wenn ein militärischer Einsatz wegen der vorgeschalteten Parlamentsentscheidung untunlich ist. Daraus resultiert nicht nur die Gefahr einer zunehmenden Entparlamentarisierung der deutschen Außenpolitik, sondern auch ihrer Paramilitarisierung, kurz: der Schwächung gewalthemmender Errungenschaften in Völker- und Verfassungsrecht.« Bundespolizisten im Rahmen der bosnischen Polizeimission, BKA-Beamte in Afghanistan, im Kosovo oder auch GSG9 im Irak sind stärker als Bundeswehrsoldaten der parlamentarischen Kontrolle entzogen. Zukünftig sollen besonders die Bundespolizisten nicht mehr nur auf freiwilliger Basis entsandt werden, sondern nach entsprechender Gesetzesänderung ins Ausland abkommandiert werden können.

Am weitesten fortgeschritten ist das Konzept des Polizeieinsatzes im Ausland im Rahmen der »zivilmilitärischen« EU-Außenpolitik als Europäische Gendarmerie Truppe (European Gendarmerie Force/EGF). Offiziell ist sie dazu gedacht, die »Fähigkeiten für Krisenmanagement«<sup>3</sup> zu verbessern. Bereits im Jahr 2000 beschloss der EU-Rat in Santa Maria da Feira, die EGF mit »bis zu 5.000 Polizisten für internationale Missionen von Konfliktprävention bis zu Krisenmanagement zur Verfügung zu stellen.« Bis zu tausend Polizisten sollen als Krisenreaktionstruppe innerhalb von 30 Tagen einsatzbereit sein. Am 23. Januar 2006 wurde die Truppe in ihrem Hauptquartier in Vicenza/Italien in Dienst gestellt. Dass es sich dabei um keinen rein »zivilen« Polizeiauftrag handelt, wird schnell klar. Allein die Auswahl der bisher beteiligten Sicherheitskräfte zeigt, was als Aufgabe verstanden wird. Beteiligt sind Kräfte der niederländischen Koninklijke Marechaussee, der italienischen Carabinieri, der spanischen Guardia Civil und der portugiesischen Guardia Nacional Republicana. Diese Kräfte sind teilweise oder vollständig den Verteidigungsministerien ihrer Herkunftsländer unterstellt und militärisch oder paramilitärisch organisiert. Teilweise kasernierte Gendarmerietruppen, wie etwa die Guardia Civil, fühlen sich häufig repressiven und politisch reaktionären Zielvorgaben von »öffentlicher Ordnung« verpflichtet, was bis zu antidemokratischen Tendenzen, wie beim spanischen Putschversuch 1981, reicht. Diese EGF wird nun weltweit für »die Aufrechterhaltung öffentlicher Ordnung im Fall von Unruhen« zuständig sein.

Wie bei den EU-Militärtruppen sollen auch die Gendarmerietruppen im Rahmen der Petersbergaufgaben eingesetzt werden, sie können dabei sowohl unter zivil-

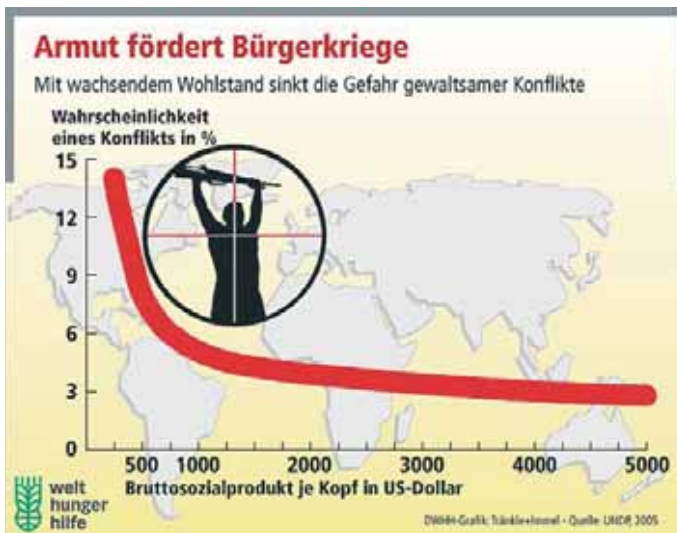
vilem als auch unter militärischem Kommando stehen. Letzteres wird wohl häufiger der Fall sein, wenn die EGF »während der Anfangsphase einer Mission« entsprechend ihrer offiziellen Missionsbeschreibungen »im Einsatzort zusammen mit den militärischen Kräften« einmarschieren. »Während der Übergangsphase könnte die EGF neben oder zusammen mit dem Militär« seine Arbeit fortsetzen, und in der Phase des militärischen Abzugs soll ebenfalls kooperiert werden. Deutsche Bundespolizisten sind vorläufig noch nicht dabei. Dazu muss erst noch die deutsche Gesetzeslage »angepasst« werden.

Zu den Vorteilen der polizeilich/militärischen Kooperation gehört die Entlastung militärischer Personalressourcen, die flexiblere Einsatzfähigkeit der Polizeitruppen und nicht zuletzt auch die Entlastung der Militäretats. Der Öffentlichkeit in den Entsendeländern lässt sich ein »ziviler« Polizeieinsatz ebenfalls leichter »verkaufen« als die Entsendung von Soldaten. Gleichzeitig erscheint ein riskanter Militäreinsatz wie in Afghanistan durch gelegentliche humanitäre Einsätze von Soldaten im Rahmen des CIMIC-Konzeptes<sup>4</sup> akzeptabler – im Entsendeland.

Polizeiliche oder auch justizielle »Auslandseinsätze« ermöglichen auch Kooperationen in Besatzungs- und Kriegseinsätzen, bei denen die Entsendung von Soldaten politisch nicht durchsetzbar wäre. So führt die EU im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik die EUJUST-Irak durch.

### **Armut ist das größte Sicherheitsproblem**

Hinter dem teils hysterisch inszenierten Sicherheitsdiskurs verschwindet die Einsicht, dass das größte globale Problem »Armut« heißt. Regionen, die nicht in die neoliberale Ökonomie integriert sind oder sich nicht in diese integrieren wollen, sind die wahrscheinlichen Ziele westlicher Interventionen, das erläutert Jürgen Wagner im ersten Teil dieses Buches im Kapitel *Neoliberale Geopolitik*, S. 56ff. Neoliberale Globalisierung erzeugt ökonomische und gesellschaftliche Machtverhältnisse und produziert in der Konsequenz Gewinner – und Verlierer: Einzelne, Bevölkerungsgruppen, aber auch ganze Staaten. Eine Milliarde Menschen lebt ohne sauberes Wasser, jeder dritte Mensch auf unserem Globus lebt von weniger als 2 Dollar pro Tag, alle drei Sekunden stirbt ein Kind an eigentlich vermeidbaren Krankheiten. Die globalen Entwicklungsdaten zeigen vor allem für die ärmsten Länder ein düsteres Bild. Von den 34 am wenigsten entwickelten Ländern liegen 30 in Afrika. 900 Mio. Menschen in 50 Ländern bewegen sich bezüglich mindestens eines Millennium-Entwicklungszieles rückwärts. Häufig genug führt wirtschaftliche



Destabilisierung und soziale Desintegration nahezu »automatisch« zu Kriegen und Bürgerkriegen, ein Mechanismus, der auch von der Weltbank in der Studie »Breaking the Conflict Trap« eindrücklich belegt wurde.<sup>5</sup>

Armut ist der zentrale Risikofaktor für den Ausbruch von Bürgerkriegen.<sup>6</sup> Eine Verdoppelung des Pro-Kopf-Einkommens halbiert das Risiko von gewalttätigen Aufständen, und jeder Prozentpunkt Wachstum – sofern es nicht nur wenigen zugute kommt – reduziert das Kriegsrisiko entsprechend, da so selbst bei niedrigem Einkommensniveau Hoffnung auf eine bessere Entwicklung entsteht. Doch genau das nötige Wachstum ist für die Verliererstaaten der Globalisierung kaum zu erzielen, und so bewegen sich diese in einer »Konfliktfalle«, in der aus Hoffnungslosigkeit leicht Kriege werden können und diese – nach ihrem Ende – oft die ökonomische und politische Grundlage für neue Kriege bilden. Besonders krisenträchtig sind Situationen, in denen ganze Bevölkerungsgruppen innerhalb kurzer Zeit existentielle Verarmungsprozesse erleiden. »Statistisch betrachtet lässt ein Einbruch des Wirtschaftswachstums um 5 v.H. die Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Konfliktes um 50% ansteigen.«<sup>7</sup> Verarmung kann ausgelöst werden durch erzwungene Strukturanpassungsmaßnahmen oder durch den Verfall von Rohstoffpreisen, aber auch indirekt. Die Treibhausgase der reichen westlichen Staaten verursachen Klimaveränderungen und führen nicht nur zum Ansteigen der Meeresspiegel, sondern auch zur massiven Ausbreitung von Wüstenzonen. Menschen, die dadurch ihre Lebensgrundlage verlieren, werden zu Flüchtlingen und/oder kämpfen mit anderen um die verbliebenen knappen Ressourcen. Der Zusammenhang von Bürgerkrieg und Armut ist empirisch eindeutig, und ohne den Aufbau einer entsprechenden ökonomischen Grundlage helfen »weder gute politische Institutionen, noch ethnische Homogenität, noch hohe Militärausgaben.«<sup>8</sup> So pro-

duziert Armut Krieg und Krieg produziert Armut. Ohne Entwicklung gibt es keine Sicherheit. Doch das interventionistische Credo der EU erklärt »Ohne Sicherheit keine Entwicklung«. Der Schwerpunkt der EU-Außenpolitik auf dem Sicherheitsaspekt führt jedoch zu einer Einschränkung der Ressourcen für entwicklungspolitische Programme, wie etwa für die Millenniums-Entwicklungsziele zugunsten machtpolitischer Erwägungen.

### Zivil-militärische Machtpolitik

Die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) analysiert – mit deutlichem Seitenhieb Richtung US-Außenpolitik: »Bei nahezu allen größeren Einsätzen ist auf militärische Effizienz ziviles Chaos gefolgt.«<sup>9</sup> Dennoch sieht die ESS die Stärke der EU explizit nicht in einem Zivilmächtsentwurf, sondern in der Verknüpfung ziviler und militärischer Fähigkeiten, wobei die EU Vorteile daraus ziehen soll, dass sie über umfangreichere zivile Expertisen verfügt. Um Dilemmata wie im Irakkrieg bei Militäreinsätzen der EU zu vermeiden, fordert die ESS deswegen eine möglichst effektive und »kohärente« Verknüpfung von militärischen Aktionen mit allen »notwendigen zivilen Mittel(n) in und nach Krisen.« Zivile Komponenten sollen also sowohl parallel zu Militärschlägen als auch zur nachträglichen Konsolidierung zum Einsatz kommen. Zivile Komponenten von Außenpolitik stehen dabei im Kontext einer EU-Machtpolitik, die sich (noch) auf relativ weniger militärisches Potential als die US-Militärs stützen kann, die aber durch »intelligente« Verknüpfung von Hardpower und Softpower globalen Einfluss ausüben kann: »Die Union könnte einen besonderen Mehrwert erzielen, indem sie Operationen durchführt, bei denen sowohl militärische als auch zivile Fähigkeiten zum Einsatz gelangen.«<sup>10</sup> Auch deutsche Strategiepapiere und der Koalitionsvertrag der schwarz-roten Regierung beschwören einen »umfassenden Sicherheitsbegriff«, bei dem es »neben militärischen Fähigkeiten nicht zuletzt um genügend ziviles Personal« geht. Deutsche sicherheitspolitische Interessen haben oberste Priorität und sollen »durch eine enge Verzahnung unserer Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs-, Menschenrechts-, Außenwirtschafts- und Auswärtigen Kulturpolitik«<sup>11</sup> durchgesetzt werden.

Für Fraser Cameron, Studiendirektor des European Policy Center in Brüssel, ist die ESS ein »wichtiger Meilenstein«, weil sie mit europäischer Militärpolitik ernst macht, denn sie »liefert endlich die Peitsche zum Zuckerbrot, mit dem Europa bisher weltweit Diplomatie betrieben hat«. Es gelingt wohl nur knallharten Militärpolitikern, die bisherige Außenpolitik der EU, zu der ja auch die Außenwirtschaftspolitik gehört, le-



diglich als Verteilung von Zuckerbrot zu bezeichnen. Zivile Außenpolitik soll in dieser Logik offensichtlich nichts anderes sein, als strategisch kalkulierter Zuckerbroteinsatz. Die Verknüpfung von Diplomatie, militärischer Stärke und gezielter Entwicklungshilfe wird als spezifische Stärke der EU verstanden, wenn Solana betont, »mehr als andere Experten hat die EU die Fähigkeit, Brücken zu bauen zwischen der Welt der Diplomaten, der Soldaten und der Entwicklungsexperten«.<sup>12</sup>

Damit wird ein Anspruch auf globale Machtausübung erhoben, der in der ESS allgegenwärtig ist: »Als Zusammenschluss von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Bruttosozialprodukts (BSP) weltweit erwirtschaften, ist die Europäische Union [...] zwangsläufig ein globaler Akteur. [...] Europa muss daher bereit sein, Verantwortung für die globale Sicherheit und für eine bessere Welt mit zu tragen.« (ESS: S. 1) Was aber bedeutet »globale Sicherheit«? Energiesicherung und Peripheriestabilisierung? Die Vokabel »zivil« taucht zwar erfreulich oft auf, doch bei näherer Betrachtung legt sich diese Freude wieder.

In der Analyse der so genannten Bedrohungstriade ähnelt die ESS der aggressiven nationalen Sicherheitsstrategie der USA. Die vermutete Bedrohung durch Terrorismus, Massenvernichtungswaffen und zerfallende Staaten könnten, so analysieren die Autoren des Papiers, »nicht mit *rein* militärischen Mitteln bewältigt werden«,<sup>13</sup> aber eben auch nicht mit rein zivilen Mitteln und primär wohl doch mit Militär. Ob diese Aufgaben mit militärischen Mitteln sinnvoll bekämpft werden können, und ob nicht Militär sogar kontraproduktiv für eine glaubwürdige Außenpolitik sein kann, diese Fragen werden nicht gestellt. »NRO befürchten, dass dadurch die Neutralität humanitärer Aktionen bedroht ist. Sie warnen auch davor, dass der falsche Eindruck entstehen könnte, mit militärischen Interventionen könne Frieden geschaffen werden.«<sup>14</sup>

Um der Bedrohungstriade gewachsen zu sein, werden mehr Ausgaben für die Verteidigung gefordert: »Damit wir unsere Streitkräfte zu flexibleren, mobilen Einsatzkräften umgestalten und sie in die Lage versetzen können, sich den neuen Bedrohungen zu stellen, müssen die Mittel für die Verteidigung aufgestockt und effektiver genutzt werden.«<sup>15</sup> Die zivilen Komponenten sollen zwar kohärenter genutzt werden – von einer Aufstockung der Mittel dafür findet sich allerdings nichts.

Auch der EU-Verfassungsvertrag geht von dieser Verknüpfung aus, indem er als Instrumente der Außenpolitik »Missionen« beschreibt, bei deren Durchführung die Union auf zivile und militärische Mittel zurückgreift.

### Keine Entwicklungshilfe ohne Sicherheitspolitik

Es besteht eine reale Gefahr, dass zivile Konfliktbearbeitung – eigentlich als Alternative zur militärischen Intervention gedacht – in militärische Logik eingebunden und zur bloßen Begleitmaßnahme und Nachsorge degradiert wird. Es ist folglich kein Wunder, dass auch die Diskussion darüber, was als offizielle Entwicklungshilfe (ODA) zu verstehen ist und was nicht, zu einem Politikum geworden ist.

Die militärische und sicherheitspolitische »Logik« setzt sich auch bei der Auswahl der Regionen durch, mit denen kooperiert werden soll. So werden Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit, die eigentlich für die Bekämpfung von Armutsursachen eingesetzt werden sollten, seit einigen Jahren vermehrt zugunsten von Regionen eingesetzt, die als direktes Bedrohungspotenzial für die Europäische Union gelten, wie die Mittelmeeranrainerstaaten oder osteuropäische Länder. Im Jahr 2000 erhielten die am wenigsten entwickelten Länder noch 52% der EU-Entwicklungshilfe, im Jahr 2003 waren es nur noch 41%, obwohl gerade bei den ärmsten Staaten Entwicklungszusammenarbeit als präventive Bürgerkriegsbekämpfung besonders effektiv wirkt. Der Anteil anderer einkommensschwacher Staaten hat sich im gleichen Zeitraum von 14,5% auf 7,5% ungefähr halbiert. Die neue Konzentration auf Schwellenländer hat wohl auch mit der Erschließung attraktiver Absatzmärkte und Handelspartner zu tun.

Finanzpolitische Prioritäten spiegeln häufig politische Prioritäten wider. Im Jahr 2003 wurde die Entscheidung getroffen, 250 Mio. Euro aus dem Europäischen Entwicklungsfonds für Militäreinsätze der Afrikanischen Union (AU) zur Verfügung zu stellen. Abgewickelt wird dies über die Peace Facility for Africa.<sup>16</sup> Über die Peace Facility der AU werden auch die Monitoring Mission in Darfur, Sudan und AU

Peacekeeping Operationen in Burundi, Liberia und der Elfenbeinküste abgewickelt. Die Kosten werden u.a. dadurch finanziert, dass die Zuwendungen aus dem EEF für jeden afrikanischen Staat um 1,5% gesenkt werden.

Die Befürchtung von Entwicklungshilfeorganisationen in einer Studie zur Sicherheitspolitik der EU, dabei »würden Hilfe und europäische Sicherheitsinteressen miteinander vermischt und die Grenzen zwischen den beiden verschwimmen,«<sup>17</sup> ist nicht unbegründet.

In der Haushaltsplanung von Kommission und Parlament ist bereits sichtbar, dass bis 2013 der Budgetanteil des Beitrags der EU zu den Millenniums-Entwicklungszielen sinken wird, gleichzeitig soll der Anteil, der für »sicherheitsorientierte« Instrumente vorgesehen ist, zunehmen.

Die Instrumentalisierung des »Human Security«-Konzeptes für den militarisierten Sicherheitsdiskurs erläutert Christoph Marischka ausführlich im Kapitel »Kolonialismus im Namen der menschlichen Sicherheit«. Wenn Entwicklungshilfegelder für Militär und Polizei ausgegeben werden, dann verwundert es nicht, dass die Finanzmittel für konkrete Entwicklungshilfe reduziert werden. Im Haushaltsplan der Kommission wurde entsprechend der Ansatz für die Bekämpfung armutsbedingter Krankheiten im Jahr 2006 auf 76 Mio. gekürzt. 2005 waren es noch 102 Mio.<sup>18</sup> Die Kürzung von Geldern für die Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose ist mehr als befremdlich, dabei erklären westliche Politiker bei jeder denkbaren Gelegenheit (z.B. auf dem G8-Gipfel in Edinburgh 2005), dass sie ihre Anstrengungen in diesen Bereichen steigern werden. Dazu kommt, dass AIDS auch massive sicherheitspolitische Implikationen hat. Steigende Zahlen von AIDS-Waisen lassen die Menge von sozial und ökonomisch nicht versorgten Kindern und Jugendlichen wachsen, führen vermehrt zur Bildung von (klein)kriminellen Jugendgangs und machen die Rekrutierung von Kindersoldaten verhältnismäßig einfach.

Entwicklungshilfeprogramme dienen immer wieder auch als Verhandlungsmasse im globalen Machtpoker, und im Vorfeld militärischer Interventionen werden die Programme »als strategische Komponente des späteren Wiederaufbaus eingeplant. Von Staaten, die sich nicht an Militäraktionen beteiligen, wird erwartet, dass sie Kosten für die langfristigen Neuordnungsprozesse nach der militärischen Phase mittragen.«<sup>19</sup> Die EU hat trotz angeblicher Kriegsgenossenschaft zentraler Mitglieder bereits hunderte von Millionen Euro Direkthilfe an irakische Behörden bewilligt und finanziert so faktisch die zivile Seite der

Besatzung im Irak mit.

Entwicklungshilfe wurde auch in früheren Jahren von westlichen Staaten selten uneigennützig und bedingungslos gewährt. Zur Exportförderung für die je eigene Wirtschaft, erzwungenen Marktöffnungen, diversen »Strukturanpassungsmaßnahmen« kamen in den letzten Jahren politische und vor allem sicherheitspolitische Bedingungen (Konditionalitäten) hinzu.

Dass es hier aber wiederum nicht um rein humanistisch begründeten »Export« von Demokratie und Menschenrechten geht, sondern um wirtschafts- und sicherheitspolitische Erwägungen, wird exemplarisch bei der Schlusserklärung des Europäischen Rats zur »Bekämpfung des Terrorismus« 2004 deutlich. Darin wird programmatisch festgelegt, dass der politische Dialog und die Entwicklungszusammenarbeit mit Drittstaaten zu Zwecken der Terrorismusbekämpfung eingesetzt werden sollen. Dadurch wird wiederum in die Prioritätensetzung von Entwicklungszusammenarbeit eingegriffen, wenn die »Ausrichtung der Maßnahmen der EU im Bereich der auswärtigen Beziehungen auf prioritäre Drittländer, in denen die Kapazitäten bzw. die Bereitschaft zur Terrorismusbekämpfung gestärkt werden müssen«,<sup>20</sup> gefordert wird. Der Europäische Rat forderte in seiner Erklärung die »Aufnahme wirksamer Klauseln über die Terrorismusbekämpfung in allen (!) Vereinbarungen mit Drittländern«.

Armutsbekämpfung als effektivste Form der Sicherheitspolitik ist bestenfalls sekundär, wenn beim Stichwort »effizienter Einsatz der EZ-Programme zur Behebung von Faktoren, die zur Unterstützung des Terrorismus beitragen«, lediglich an die Ordnungspolitik und staatliche Organisation in den Partnerländern gedacht wird: »Förderung der verantwortungsvollen Staatsführung und der Rechtsstaatlichkeit«.

Immer wieder drängt sich der Verdacht auf, dass »Statebuilding« oder »Nationbuilding« konkret weitgehend substanzloses »institution building« darstellen, um die Kooperation mit den entsprechenden Staaten reibungsloser zu gestalten. Obwohl »Rechtsstaatlichkeit« auch progressiv interpretiert werden könnte, spricht die Praxis der Kooperation in der so genannten Terrorbekämpfung doch eher dafür, dass es um Kooperation bei Abschiebungen, Verschleppungen, Verhören und Folter geht. »Die Europäische Union wird das Engagement der Länder für die Terrorismusbekämpfung regelmäßig analysieren und bewerten. Dieser Faktor wird die Beziehungen der EU zu ihnen beeinflussen.« Umgesetzt wurde diese Form der sicherheitspolitischen Konditionalisierung durch die EU erstmalig im Februar 2005, als das Cotonou-

Abkommen mit den AKP-Staaten erneuert und dort die Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung in die Paragraphen eingefügt wurde.

### **Gefahr für Hilfe und Helfer**

Welche Auswirkung die zivil-militärische Kooperation für die humanitäre Arbeit hat, wurde im Jahr 2004 auch für die internationale Öffentlichkeit deutlich. Koalitionstruppen verteilten damals Flugblätter im Süden Afghanistans, auf denen die Bevölkerung dazu aufgerufen wurde, »den Koalitionstruppen sämtliche Informationen über die Taliban, El Quaeda und Gulbuddin (Hekmatyar – Rebellenführer) zu übermitteln«. Dies sei notwendig, um »zu gewährleisten, dass humanitäre Hilfe auch weiterhin bereitgestellt wird«. Nicht nur die Organisation Ärzte ohne Grenzen wandte sich damals öffentlich gegen diese Instrumentalisierung humanitärer Hilfe: »Diese Flugblätter, die unter anderem ein afghanisches Mädchen mit einem Sack Weizen zeigen, stellen einen eindeutigen Versuch dar, humanitäre Hilfe für militärische Ziele der Koalition zu missbrauchen. Ärzte ohne Grenzen lehnt jegliche Verbindung zwischen der Bereitstellung humanitärer Hilfe und der Zusammenarbeit mit den Koalitionstruppen ab.«<sup>21</sup> In dramatischen Appellen erklärten die Mitarbeiter, dass so die Helfer ebenso wie die Hilfe für die Bedürftigen gefährdet werden. »Die bewusste Vermischung von humanitärer Hilfe mit militärischen Zielen zerstört den eigentlichen Sinn der humanitären Hilfe. Dies wird letztlich nur dazu führen, dass dringend benötigte Hilfe denjenigen in Afghanistan versagt bleiben wird, die sie am dringendsten brauchen. Gleichzeitig werden diejenigen, die Hilfe bereitstellen, zur Zielscheibe.«<sup>22</sup> Nachdem zahlreiche Mitarbeiter von Ärzten ohne Grenzen tatsächlich zu Opfern von Anschlägen wurden, sah sich die Organisation am 28. Juli 2004 nach 24jähriger Tätigkeit veranlasst, ihre Arbeit in Afghanistan einzustellen. Zu diesem Rückzug erklärte sie öffentlich: »Die Gewalt gegen humanitäre Helfer spielt sich vor dem Hintergrund einer zunehmenden Instrumentalisierung der Hilfe durch die US-geführte Koalition in Afghanistan ab. [...] Koalitionstreitkräfte missbrauchen die Hilfe beständig für ihre militärischen und politischen Ziele und versuchen damit, die ›hearts and minds‹ der afghanischen Bevölkerung zu gewinnen. Dadurch wird humanitäre Hilfe nicht mehr als unparteilich und neutral angesehen. Dies wiederum gefährdet die Helfer und die Hilfe selbst.«<sup>23</sup> Deutlicher kann die Distanzierung von zivil-militärischer Kooperation kaum formuliert werden. Dennoch verweist die Bundeswehr im Rahmen ihrer Internet-Öffentlichkeitsarbeit unter dem Stichwort »Was genau ist CIMIC?« nach

wie vor auf ihre Kooperation mit NGOs und nennt dabei explizit Ärzte ohne Grenzen und die Caritas (die ebenfalls Bedenken gegen die Instrumentalisierung ziviler Hilfe geäußert hat).<sup>24</sup>

Die Verknüpfung ziviler und militärischer Komponenten setzt sowohl die Glaubwürdigkeit von ziviler Krisenintervention als auch der EU als ehrlicher Makler aufs Spiel. Wenn sich diese Vermischung von zivilen und militärischen Bereichen auch zukünftig weiter etabliert, dann werden Rahmenbedingungen für unabhängige und zivile Ansätze von Entwicklungskooperation nachhaltig schlechter. Die meisten Projekte leben davon, dass sie das Vertrauen der jeweiligen Partner genießen, dass sie unabhängig und neutral sind und auch so wahrgenommen werden. Viele internationale Verbände haben davor gewarnt, dass die Instrumentalisierung ziviler Hilfe sowohl die Grundlage der Kooperation zerstört als auch die Helfer gefährdet.

Die Genfer Konventionen verbietet in Art. 3, Abs. 2 die Instrumentalisierung humanitärer Hilfe für politische Zwecke. Die momentan propagierte Form von zivil-militärischer Kooperation ist aus zwei Gründen entschieden abzulehnen. Sie unterhöhlt das Konzept der neutralen, unparteilichen humanitären Hilfe, die allein die Aufgabe hat, Leben zu retten und Leiden zu mindern. Zusätzlich wird »zivile Konfliktbearbeitung« als Alternative zu militärischem Eingreifen Stück für Stück an Spielraum und an Glaubwürdigkeit verlieren. Für zivile Konfliktlösung und humanitäre Hilfe bleibt so lediglich die Möglichkeit der Begleitung und der Nachsorge von Militäreinsätzen – wobei sie deren Prioritätensetzungen und Interessen unterworfen sind.

Was ist eigentlich neutrale humanitäre Arbeit? Für das Rote Kreuz sind »Maßnahmen [...] humanitär, wenn sie die Grundsätze der Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit erfüllen. Hilfsmaßnahmen, auf die dies nicht zutrifft, sind ungeachtet aller guten Vorsätze und möglicher Erfolge keine humanitären Maßnahmen.«<sup>25</sup> Zur Neutralität gehört auch, dass Hilfe zivil organisiert und koordiniert wird. Wer zivile Konfliktlösung als Alternative zu Militär und Krieg versteht, der benötigt ein Selbstverständnis von neutraler und überparteilicher Arbeit, das sich klar von Interessenspolitik abgrenzt – sowohl für humanitäre Hilfe als auch für Programme und Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit. Ein neutraler Ansatz von Entwicklungszusammenarbeit wird dann wesentlich einfacher durchzuführen sein, wenn der Fokus nicht mehr hauptsächlich auf zwischenstaatlicher Hilfe liegt, sondern verstärkt nichtstaatliche Kooperationspartner ausgewählt werden.

Nicht Sicherheit ermöglicht Entwicklung, sondern Entwicklung fördert Sicherheit und Beiträge dazu können sowohl humanitäre Hilfe als auch faire Handelskooperation liefern. Ihre Handlungsmöglichkeiten steigen dabei mit ihrer Unabhängigkeit gegenüber militärischer und sicherheitspolitischer »Logik«. Nötig ist Armutsbekämpfung statt Bekämpfung der Armen!

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Harder, Martina: Polizeisoldaten. Die Erweiterung des Einsatzspektrums des Bundesgrenzschutz, AUSDRUCK – Das IMI-Magazin. Dezember 2005, S. 6-13.

<sup>2</sup> Fischer-Lescano, Andreas: Soldaten sind Polizisten sind Soldaten, in: Kritische Justiz 1/2004.

<sup>3</sup> Vgl. [www.eurogendfor.org](http://www.eurogendfor.org), auf dieser offiziellen Homepage der EGF finden sich auch die folgenden Zitate.

<sup>4</sup> Vgl.: Pflüger, Tobias: CIMIC – Zivil-militärische Zusammenarbeit als Legitimations- und Effektivierungsinstrument deutscher Kriegspolitik, in: Ausdruck, 2/2006, S. 10-14.

<sup>5</sup> World Bank, Breaking the Conflict Trap, Oxford 2003. Auch wenn die Weltbank selbst ganz offensichtlich die Ergebnisse dieser Studie nicht wirklich ernst nimmt, lohnt es sich deren Inhalt genauer zu betrachten.

<sup>6</sup> Ebd., S. 102f.

<sup>7</sup> Welthungerhilfe: Wohlstand ist gut für den inneren Frieden, ([www.welthungerhilfe.de](http://www.welthungerhilfe.de)) 2006.

<sup>8</sup> World Bank, 2003, S. 53.

<sup>9</sup> Europäische Sicherheitsstrategie: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel, 12.12.2003, S. 13.

<sup>10</sup> Europäische Sicherheitsstrategie, ebenda, S. 13.

<sup>11</sup> Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD, 11.11.2005, <http://koalitionsvertrag.spd.de>

<sup>12</sup> [http://ue.eu.int/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressdata/EN/discours/87059.pdf](http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/discours/87059.pdf) Summary of Remarks by Javier SOLANA, EU High Representative for Common Foreign and Security Policy at the Ministers of Defence Meeting Brussels, 21 November 2005 (Übersetzung C.H.).

<sup>13</sup> Europäische Sicherheitsstrategie: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel, 12.12.2003, S. 7 (Hervorhebung C.H.).

<sup>14</sup> Clive Robinson, Wessen Sicherheit? Zusammenführung und Eigenständigkeit der Sicherheits- und der Entwicklungspolitik der Europäischen Union. Eine Untersuchung im Auftrag der »Association of World Council of Churches related Development Organisations in Europe« (APRODEV), Brüssel Juni 2005, S. 9.

<sup>15</sup> »Europäische Sicherheitsstrategie: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt«, Brüssel, 12.12.2003, S. 12.

<sup>16</sup> <http://www.isis-europe.org/ftp/Download/ESR%2023-conflict%20prevention.pdf>

<sup>17</sup> Robinson, Clive: Wessen Sicherheit? Zusammenführung und Eigenständigkeit der Sicherheits- und der Entwicklungspolitik der Europäischen Union. Eine Untersuchung im Auftrag der »Association of World Council of Churches related Development Organisations in Europe« (APRODEV), Brüssel, Juni 2005, S. 11,

<sup>18</sup> Haushaltsplan der Kommission, Titel 21020702.

<sup>19</sup> Robinson, Clive: ebenda, S. 11.

<sup>20</sup> Europäischer Rat: Erklärung zur Bekämpfung des Terrorismus (Schlusserklärung von Brüssel), 2004.

<sup>21</sup> »Flugblatt in Afghanistan verwischt Grenze zwischen Hilfe und militärischen Zielen« (Kenny Gluck, Frankfurter Rundschau vom 5.5.2004), [www.aerzteohne-grenzen.at](http://www.aerzteohne-grenzen.at).

<sup>22</sup> Nelke Manders, Projektkoordinatorin von Ärzte ohne Grenzen (damals: Afghanistan).

<sup>23</sup> Ärzte ohne Grenzen, Presseerklärung, 28.7.2005.

<sup>24</sup> »Was genau ist CIMIC?«, 2.8.2005, <http://www.streitkraeftebasis.de>.

<sup>25</sup> International Federation of the Red Cross and Red Crescent Societies (IFRC), 1994 (Übersetzung Clive Robinson).

Der Beitrag erschien in Tobias Pflüger/Jürgen Wagner (Hrsg.), Welt-Macht EUropa, Auf dem Weg in weltweite Kriege, VSA-Verlag Hamburg 2006 (S. 312-323).

*Claudia Haydt* ist Religionssoziologin und Mitglied im Vorstand der Informationsstelle Militarisation. Sie ist u.a. Autorin des AttacBasisTextes 5, »Globalisierung und Krieg«, Hamburg 2003.

**Wir fordern:**  
**Soziale Sicherheit statt**  
**militärische Großmachtspolitik!**

 **Informationsstelle  
Militarisierung e.V.**

Diese Studie entstand im Rahmen des Projektes »Nein zu dieser EU-Verfassung! Ja zu fairer Entwicklungskooperation!«, das vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) großzügig unterstützt wird. Weitere Texte des Projektes finden sich unter [www.imi-online.de/EU-Projekt/](http://www.imi-online.de/EU-Projekt/)